



Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V.
Rechtspfleger-Kurier

Ausgabe III/2011

Jahrgang 44

D A N K E

Verband stellt Vorsitzende vieler Stufengremien



v.l. Wolfgang Simon (BPR-Vorsitzender OLG München), Tanja Raab (BPR-Vorsitzende OLG Nürnberg), Landesvorsitzender Peter Hofmann, Christine Hofstetter (BPR-Vorsitzende OLG Bamberg), Robert Schmid (HPR-Vorsitzender)

DANKE an alle, die zur Wahl gegangen sind und gewählt haben!

DANKE an alle, die sich zu einer Kandidatur bereit erklärt haben!

Dank Ihrer Mitwirkung sind die Personalratswahlen 2011 für den Verband Bayerischer Rechtspfleger äußerst erfolgreich verlaufen.

Im Hauptpersonalrat, sowie in den Bezirkspersonalräten bei den Oberlandesgerichten München, Nürnberg und Bamberg stellt er die Vorsitzenden (s. Bild), welche auch alle dem Landesvorstand angehören. Die sonstigen gewählten Verbandsvertreter der Stufengremien können der Verbandshomepage entnommen werden.

Die Bedeutung eines Berufsverbandes zeigt sich auch durch seine Präsenz in den Personalräten. Landesvorsitzender

Peter Hofmann erklärte, dass der Verband sich durch den Wahlerfolg auch in der Verantwortung sehe. Es gelte nun, dass Erreichte zum Wohle aller Justizbediensteten umzusetzen.

Bundesjustizministerin besucht Traunsteiner Richter und Rechtspfleger

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erster Gast der „Traunsteiner Justizgespräche“

Traunstein – Der gemeinsamen Einladung von Rechtspflegerverband und Richterverein in Traunstein zu einer rechtspolitischen Runde mit anschließendem Sommerfest auf dem Justizgelände waren deutlich mehr als 100 Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger aus dem gesamten Landgerichtsbezirk gefolgt. Besonders erfreut zeigten sich Dr. Ludwig Kroiß als Vorsitzender des Bezirksverbandes Traunstein im

Inhaltsverzeichnis

- Die Personalratswahlen S. 1
- JM Leutheusser-Schnarrenberger beim BV Traunstein S. 2
- Die Vorstandschaft im Gespräch mit Dr. Brandhuber S. 5
- Antwort Staatsministerium auf Eingabe zum Doppelhaushalt 11/12 S. 6
- Rechtspfleger-Dämmerschoppen 2011 in Coburg S. 7
- Konzentration von Insolvenzgerichten S. 8
- Elektronische Aktenführung S. 9
- Der BV Augsburg besucht Berlin S. 9
- Fortsetzung der Vorstellung der Vorstandsmitglieder S.10
- Diverses S.11

Bayerischen Richterverein sowie Albert Dirnberger als Vorsitzender im örtlichen Rechtspflegerverband, dass es ihnen gelungen war, die Bundesministerin der Justiz und Vorsitzende der bayerischen FDP Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Rednerin und Diskussionspartnerin zu gewinnen.

Nach der Begrüßung durch die beiden Vereinsvorstände konnte sich die Ministerin bei einem kurzen Rundgang durch die Traunsteiner Justizbehörden ein eigenes Bild von den Arbeitsbedingungen und der enormen Arbeitsbelastung der Richter, Staatsanwälte und Rechtspfleger sowie der weiteren Mitarbeiter machen.

Im fast vollständig gefüllten Schwurgerichtssaal begann dann der offizielle Teil der Veranstaltung mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden des Rechtspflegerverbands Albert Dirnberger. Dirnberger hob das gute Verhältnis zwischen Richterverein und Rechtspflegerverband in Traunstein hervor, dem es zu verdanken sei, dass es bereits in der Vergangenheit zahlreiche gemeinsame rechtspolitische Runden gab, die zukünftig unter dem Namen „Traunsteiner Justizgespräche“ weiter intensiviert werden sollen. Ein besonderer Grund zur Freude sei, dass zum ersten Mal überhaupt ein amtierender Bundesminister die Traunsteiner Justiz besucht. Außerdem wurde die Obfrau der Bezirksgruppe Traunstein im Bayerischen Notarverein, Notarin Dr. Gabriele Bartsch, der 1. Vorsitzende des Anwaltvereins Traunstein, Michael Vogel, und der Vorsitzende des FDP-Kreisverbandes Traunstein, Eduard Gruber, begrüßt.

Es folgte nun das mit Spannung erwartete Referat der Ministerin, in dem sie auf aktuelle rechtspolitische Entwicklungen auf Bundes- und Landesebene einging. Sie zeigte sich zufrieden mit dem

in der Regierungskoalition in Berlin gefundenen Kompromiss im Bereich der Sicherungsverwahrung. Hier sei es gelungen, die Vorgaben des Bundesverfassungsrechts und des Europarechts zeitnah umzusetzen, wobei bei Beachtung der Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung auch die Menschenrechte ausreichend gewahrt würden.



v.l. Benjamin Brake (persönlicher Referent der Ministerin), Constance Kretschmar, Albert Dirnberger, Wolfgang Benischke, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Landgerichtspräsident Dr. Rupert Stadler, Dr. Ludwig Kroiß, Dr. Rainer Vietze

Zentrales Thema im Vortrag von Sabine Leutheusser-Schnarrenberger waren die Auswirkungen der digitalen Entwicklung auf die verschiedenen Rechtsbereiche. Sie machte deutlich, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist. Insbesondere die Bekämpfung der Kinderpornographie müsse konsequent erfolgen. Wirksamer und sinnvoller als das Sperren einzelner Internetseiten, das technisch leicht zu umgehen sei und die Gefahr der Zensur rechtlich unbedenklicher Seiten mit sich bringe, sei das Löschen inkriminierter Seiten. Darüber hinaus sei es wichtig, die Bürger über die Gefahren der Preisgabe persönlicher Daten im Internet umfassend zu informieren und sie gleichzeitig vor Kostenfallen und unüberlegten Vertragsabschlüssen zu

schützen. Allerdings dürfe man das Internet keineswegs nur negativ sehen, da es auch zahlreiche Chancen für die Kommunikation der Bürger einerseits und für neue Wirtschaftszweige andererseits biete.

Im Anschluss an das Thema Internet ging die Ministerin auf spezifische Belan-

ge der Justiz ein und wies dabei auf die wichtige Funktion der Rechtspfleger hin. In diesem Zusammenhang äußerte sie sich durchaus kritisch zu der derzeit diskutierten Übertragung weiterer Aufgabenbereiche der

Nachlassgerichte auf Notare. Momentan sieht sie auch keine politische Mehrheit für die Position, neben der bereits erfolgten Übertragung der Zuständigkeit für das Zentrale Testamentsregister weitere Zuständigkeiten auf die Notare zu verlagern.

Interessant für die anwesenden Zivilrichter war der Hinweis der Bundesjustizministerin auf die inzwischen beschlossene Änderung von § 522 ZPO (Zurückweisungsmöglichkeiten des Berufungsgerichts), dessen derzeitige Fassung vorsichtig korrigiert werden soll, um die Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürger zu erweitern. Abschließend ging sie in ihrer Rede auf die europäische Rechtsprechung bei überlanger Verfahrensdauer ein. Sie betonte jedoch ausdrücklich, dass die Dauer der Verfahren vor deutschen Amtsgerichten und Landgerichten im europäischen Vergleich relativ kurz sei und einen effektiven und zeitnahen Rechtsschutz garantiere. Erst bei Ausschöpfung des vollen Instanzen-

zugs einschließlich einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werde die lange Verfahrensdauer zum Problem, an dessen Lösung derzeit gearbeitet werde.



Die Bezirksvorstände mit der Bundesjustizministerin (v.l.): Dr. Rainer Vietze, Dr. Sepp Hager, Dr. Ludwig Kroiß, Jacqueline Assbichler, Bundesministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Albert Dirnberger, Constance Kretschmar, Wolfgang Benischke

Der Vorsitzende des Traunsteiner Richtervereins Dr. Ludwig Kroiß dankte der Ministerin für ihre interessante Rede und eröffnete sogleich die anschließende Diskussion mit dem Thema Auswirkungen des Inkrafttretens des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG). Er wies darauf hin, dass die Einführung und Umsetzung dieses Gesetzes bei den Amtsgerichten zu einer Mehrbelastung der Familienrichter von 20 % geführt habe, ohne dass gleichzeitig zusätzliche Richterstellen geschaffen worden wären. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erwiderte, dass ihr Ministerium im nächsten Jahr mit der Evaluierung der Auswirkungen des FamFG beginnen werde, da ihr bisher noch keine Zahlen aus den Bundesländern gemeldet worden seien. Obwohl Haushaltsberatungen bezüglich neuer Stellen sich stets schwierig gestalteten,

werde sie die Personalsituation an den Familiengerichten im Auge behalten.

Im Hinblick auf die Stellensituation in der bayerischen Justiz äußerte im Fol-

genden der Landgerichtspräsident Dr. Rupert Stadler deutliche Bedenken, dass die Neuregelung der Sicherungsverwahrung, mit der ein erheblicher zusätzlicher Personalbedarf verbunden sei, negative Auswirkungen auf bereits genehmigte neue

Stellen für die Justiz im verabschiedeten Doppelhaushalt haben könnte. Die Justizministerin schätzte diese Gefahr eher als gering ein, sagte aber gleichzeitig ihre Unterstützung zu. Neben den berechtigten Anliegen von Polizei und Justizvollzug, die bereits von zusätzlichen Stellen profitiert hätten, dürften die Belange der bayerischen Justiz nicht in Vergessenheit geraten.

Der Leitende Oberstaatsanwalt Helmut Vordermayer kritisierte den von Parteipolitik geprägten Streit bei der Neubesetzung der Stelle des Generalstaatsanwalts im OLG-Bezirk Nürnberg. Er wies entschieden darauf hin, dass die Unabhängigkeit der Justiz beachtet werden müsse und allein die Eignung eines Kandidaten bei der Besetzung einer Stelle entscheidend sei. Die Bundesministerin stimmte dem ausdrücklich zu und bekräftigte, dass parteipolitische Interessen bei der Besetzung von Stellen in der Justiz keine Rolle spielen dürften.

Auf der Tagesordnung standen noch interessante Fragen aus dem Insolvenzrecht und bezüglich der EU-Erbrechtsverordnung an, bei deren Beantwortung die Ministerin die aktuellen Entwicklun-

gen darstellte. So werde überlegt, bei den Insolvenzverfahren die Wohlverhaltensphase von sechs auf drei Jahre zu verkürzen. Dies sei jedoch eine schwere Belastung für die Gläubiger. Andererseits gibt es Überlegungen bezüglich einer Mindestquote. Die Entscheidung, ob und welche Insolvenzgerichtsstandorte aufgegeben werden, wird auf die Landesjustizverwaltungen übertragen werden (im Bezirk Mühldorf a. Inn, Rosenheim und Traunstein).

Albert Dirnberger monierte die mangelhafte finanzielle Ausstattung der Justiz für Bau- und Sachmitteln, deutlich werde dies insbesondere bei der Anschaffung von Fachliteratur. Es sei kaum zu glauben, dass sich mehrere Rechtspfleger, Staatsanwälte und Richter jeweils einen aktuellen Gesetzeskommentar teilen müssten, mit dem sie täglich arbeiten würden. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verwies auf die Möglichkeiten der Rechtsprogramme im Internet, die zu einer deutlichen Verbesserung beispielsweise bei der Urteilsuche geführt hätten, gestand aber zu, dass daneben auch eine Mindestausstattung an aktueller Fachliteratur möglich sein müsse. Deshalb sicherte sie zu, das geschilderte Problem mit auf den Weg zu nehmen, um es zu gegebener Zeit zur Diskussion stellen zu können.



Das anschließende Sommerfest

Das Schlusswort in dieser lebhaften und abwechslungsreichen Diskussionsrunde blieb dem Vorsitzenden des Traunsteiner Richtervereins vorbehalten. Dr. Kroiß bedankte sich bei der Ministerin und allen Teilnehmern am ersten „Traunsteiner Justizgespräch“ und lud alle ganz herzlich zum anschließenden Sommerfest ein, das aufgrund des schönen Wetters im Freien stattfinden konnte. Wenngleich die Bundesjustizministerin aufgrund eines weiteren Termins schon bald aufbrechen musste, war das Sommerfest, das auch der Oberbürgermeister der Stadt Traunstein Manfred Kösterke besuchte, mit gutem Essen und angeregten Gesprächen ein voller Erfolg. Alle waren sich einig, dass das nächste „Traunsteiner Justizgespräch“ schon bald geplant werden sollte.

BV Traunstein

Die Vorstandschaft im Gespräch mit Dr. Klaus Brandhuber, Fachbereichsleiter der BayFHVR Fachbereich Rechtspflege in Starnberg

Anlässlich der Vorstandssitzung am 14.07.2011 in Starnberg, konnte sich die Vorstandschaft bei dem Fachbereichsleiter der BayFHVR Fachbereich Rechtspflege, Herrn Dr. Klaus Brandhuber, über die aktuelle und zukünftige Situation der Rechtspflegerausbildung informieren.

Die Fachhochschule ist derzeit mit 170 Studenten (inkl. Strafvollzug) gut ausgelastet. Auch für das kommende Ausbildungsjahr und die Folgejahre ist eine gute Auslastung prognostiziert. Kritisch ist allerdings die Zahl von 38 Studenten pro Hörsaal zu sehen. Dieser, im bayerischen Vergleich höchste Schnitt, erlaubt

kaum noch eine individuelle Vorlesungsgestaltung.

Nach einer Änderung des Ausbildungskonzepts werden die Vorlesungen zu Schlüsselkompetenzen nun ausschließlich in die Theorie II und in die Praxisausbildung nach der Theorie II verlagert. Eine Prüfung über die Ausbildungsinhalte erfolgt nicht. Die gesamte EDV-Ausbildung findet während der praktischen Ausbildung konzentriert in Pegnitz statt.



Fachbereichsleiter Dr. Klaus Brandhuber

Die Arbeitsgruppe zur ZAPO/Rpfl unter Leitung von Herrn Dr. Brandhuber wird voraussichtlich erstmals im August dieses Jahres tagen. Angedachte Themen sind u.a. eine Neuregelung für Wiederholer und die Bewertungsmodalitäten für mündliche und schriftliche Leistungsnachweise.

Hinsichtlich des vom Verband angestrebten Wegfalls von Richtervorbehalten in Nachlass- und Registersachen, wäre es für den Fachbereich unproblematisch kurzfristig evtl. notwendige Ergänzungsvorlesungen, vor allem in Registersachen zu organisieren. Auch einem notwendigen Angebot von Fortbildungsveranstaltungen für die Registerrechtspfleger würde man sich im Falle einer Anfrage nicht verschließen.

Nach dem derzeitigen Erkenntnisstand wird eine Umstellung der Rechtspflegerausbildung auf den modularisierten Bachelor bundesweit nicht mehr favorisiert. Es soll auch bei der internen Bedarfsausbildung bleiben.

Daniela Woite

Antwort der Bayerischen Staatsministerin der Justiz und für Verbraucherschutz auf die Eingabe des Verbandes zum Doppelhaushalt 2011/2012

- Auszugsweise Wiedergabe -

„Wie in den übrigen Ressorts waren auch im Justizbereich die Verhandlungen zum Stellenplan des Haushalts 2011/2012 vor dem übergeordneten Ziel eines schuldenfreien Haushalts zu führen. ...

Obwohl neue Stellen nur im Bildungsbereich und zum Ausgleich der anstehenden Arbeitsverkürzung geschaffen werden konnten, kann das für den Personalbereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften Erreichte als sachgerechter Kompromiss zwischen notwendigem Sparen und nachhaltiger Strukturverbesserung bezeichnet werden. ...

Zu den konkreten Anliegen Ihres Verbandes ist Folgendes zu bemerken:

a) Schaffung von neuen Rechtspflegerstellen

Im Rechtspflegerdienst war im 4. Quartal 2010 eine Durchschnittsbelastung von 109% zu verzeichnen, was einem Stellenfehlbestand von rund 186 Stellen entspricht. Auch in diesem Bereich war eine personelle Verbesserung zwar mehr als wünschenswert erschienen, angesichts des übergeordneten Ziels eines Doppelhaushalts 2011/2012 ohne Neuverschuldung jedoch nicht darstellbar. Zum Ausgleich des durch die Arbeitsverkürzung im Rechtspflegerdienst eintretenden Kapazitätsverlusts wurden in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 insgesamt 20 neue Stellen für Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger geschaffen. Bereits in den Jahren 2009 und 2010 wurde eine erhöhte Anzahl von Rechtspflegeranwärtern eingestellt, die im Jahr

2012 bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften eingesetzt werden können.

b) Verbesserung der Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten

Der Stellenplan des Haushalts 2011/2012 sieht für den Rechtspflegerdienst insgesamt 14 und für den (bisherigen) höheren Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst insgesamt sechs Stellenhebungen vor. ...

Alle im Vorgriff auf das neue Dienstrecht im Haushalt für 2010 bewilligten und durch das Nachtragshaushaltsgesetz 2010 auf den 01. Januar 2011 verschobenen kostenwirksamen Hebungen im Rechtspflegerdienst wurden trotz der angespannten Haushaltslage zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung gestellt. Die insgesamt 42 Stellenhebungen für den Rechtspflegerdienst führen zu spürbaren Strukturverbesserungen durch zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten.

Anmerkung:

Während viele private Arbeitgeber derzeit um die fähigsten Köpfe an den Universitäten ringen und vorzeitig Einstellungsversagen tätigen, handelt der Staat unbeirrt nach Kassenlage – welche ohne Hypo Alpe Adria gar nicht so schlecht wäre!

Ein weiterer Verzicht auf neue Stellen bei steigendem Personalmangel im Rechtspflegerbereich lässt für die nahe Zukunft Schlimmes erahnen. Bei sinkender Attraktivität des öffentlichen Dienstes wird qualifiziertes Personal zur Mangelware.

Die Absenkung der Eingangsbesoldung und die wenigen neuen Hebungen, die gerade in den Besoldungsgruppen A 10 und A 11 so wichtig wären, tun ihr Übriges dazu.

Wir werden unsere Forderungen nach mehr und besser bezahltem Personal weiter stellen!

Rechtspfleger-Dämmerschoppen 2011

Bei richtigem „Sennigshöhewetter“ – kühl und regnerisch mit sonnigen Abschnitten – konnte Bezirksverbandsvorsitzender Karl-Heinz Zeibich wieder viele bekannte Gesichter begrüßen. So waren neben dem Coburger Landtagsabgeordneten Jürgen W.Heike und dem Ministerialrat Andreas Zwerger auch der bisherige Vorsitzende des Bundes Deutscher Rechtspfleger Peter Damm und der neue Vorsitzende Wolfgang Lämmer, sowie viele Behördenvertretern aus der Region, anwesend. Begrüßt wurde u.a. die Familie der Berliner Landesvorsitzenden Ruth Heinrich, die auf dem Weg in den



Urlaub vorbei kam und ein Kleinbus mit Kollegen aus Regensburg, die eigens anreisten.

BV Vorsitzender Coburg Karl-Heinz Zeibich

Der bayerische Landesvorsitzende Peter Hofmann kündigte an, mit einer bisher gepflegten Tradition brechen zu wollen. Die standespolitischen Ausführungen erfolgten erstmals nicht durch ein Mitglied des Landesvorstands, sondern durch den Bundesvorsitzenden Wolfgang Lämmer.



Bundesvorsitzender BDR Wolfgang Lämmer (rechts)

Dieser beklagte in seiner Rede den bundesweit vorhandenen Personalmangel bei den Rechtspflegern, welcher viele Kolleginnen und Kollegen an ihre Belastungsgrenzen bringe und dadurch krank mache. Lämmer forderte die Justizverwaltungen dazu auf, umzudenken und bisherige Strukturen und Zuständigkeiten auf den Prüfstand zu stellen. Als zielführend für die Rechtspfleger nannte er dabei die Forderung nach einem „Rechtspflegeramt“, welches auch die Tätigkeiten in der Verwaltung beinhalte. Arbeitsstrukturen müssten verändert werden, angefangen bei attraktiven, kompetenzgerechten Arbeitsaufgaben für die Rechtspfleger, hin zu einer angemessenen Besoldung. „Vertrauensarbeitszeit“ und „Rechtspflegerpräsidien“ seien in einigen Bundesländern bereits eingeführt und müssten weitere Verbreitung finden.

Ministerialrat Andreas Zwerger äußerte in seiner Ansprache, entscheidend für die Arbeitszufriedenheit vor Ort seien in erster Linie die Rahmenbedingungen für die Rechtspflegertätigkeit, weniger der Status, der durch das Grundgesetz vorgegeben sei. Hier hob er besonders die in Bayern eingeführten neuen Amtsbezeichnungen hervor, welche die Rechtspfleger durchgängig als eigenständige Entscheidungsträger charakterisieren. Er bedauerte, dass Bemühungen um mehr

Stellen für die Rechtspfleger und die Einführung des Eingangsamtes A 10 aktuell nicht durchzusetzen waren. Ministerium und Verband würden hier jedoch sicher weiter am Ball bleiben, so der Ministerialrat. Zwerger hob auch die Bedeutung der Rechtspfleger für eine funktionierende Justiz hervor und beglückwünschte den Verband bayerischer Rechtspfleger zu seinem Erfolg bei den Personalratswahlen. Hier erfülle der Verband eine wichtige Funktion. Abschließend betonte der Vertreter des Ministeriums die bisher gute Zusammenarbeit zu der er gerne auch weiterhin bereit sei.

Ministerialrat Andreas Zwerger



Peter Hofmann

Konzentration von Insolvenzgerichten

Nach Aussage des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz ist in Bayern „eine Konzentration der Insolvenzgerichte derzeit nicht geplant“.

Damit sind natürlich Konzentrationsüberlegungen für die Zukunft nicht ausgeschlossen. In diesem Fall gehen wir davon aus rechtzeitig informiert zu werden, werden jedoch auch immer wieder nachfragen.

Peter Hofmann

Einführung der elektronischen Aktenführung

Der elektronische Rechtsverkehr wird als Zukunftsaufgabe der deutschen Justiz gesehen. Von den Bundesländern wird er sehr unterschiedlich genutzt.

Ein Konzept für eine „Gemeinsame Strategie zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Aktenführung“ hat als Ziel bis 2020 eine möglichst bundesweit einheitliche Landschaft des elektronischen Rechtsverkehrs zu schaffen.

Konkrete Planungen für die Pilotierung elektronischer Akten bestehen bei Gerichten und Staatsanwaltschaften in Bayern nach Auskunft des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz derzeit noch nicht. Wir werden die weitere Entwicklung mit Interesse verfolgen.

Peter Hofmann

Bezirksverband Augsburg besucht Berlin

Der Bezirksverband Augsburg ist für vier Tage in die Bundeshauptstadt Berlin ausgeflogen.

Die Anreise unserer Gruppe unterbrechen wir in Wittenberg, wo uns eine zweistündige Stadtführung die Stadt von Luthers Thesenanschlag näherbrachte. Der Besuch dieser wunderschönen historischen Stadt hat uns alle beeindruckt. In Ber-



lin nahmen wir nach dem Bezug unserer Hotelzimmer das Abendessen in dem originellen Berliner Lokal „Die Schildkröte“ ein, an dessen Wänden die Fotos zahlreicher Prominenter bestätigten, dass diese dort ebenfalls zu Gast waren.

Am nächsten Morgen beeindruckten uns die Häuserschluchten um den neugebauten Potsdamer Platz mit dem Sony-Center. Einen herrlichen Ausblick ermöglichte die Fahrt auf ein Hochhaus mit dem schnellsten Aufzug Europas – immerhin 100 Meter in 20 Sekunden. Und von dort oben hatten wir einen herrlichen Blick auf das Regierungsviertel, das Brandenburger Tor, Siegestsäule und Schloss Bellevue. Das Mittagessen nahmen wir in der Berliner Vertretung Bayerns ein, wo uns bei einem vorzüglichen bayerischen Essen von einem Referenten die Tätigkeiten der bayerischen Landesvertretung in der Hauptstadt erläutert wurden. Am Nachmittag führte uns die Reise nach Potsdam mit seinen historischen Gebäuden, insbesondere den „Gastarbeiterquartieren“ der Holländer und Russen. Höhepunkt war natürlich der Besuch von Schloss Sanssouci, dem Schloss „ohne Sorgen“ von Friedrich dem Großen, dem alten Fritz, wo dieser auch starb und neben seinen Lieblingshunden begraben liegt.

Wolfgang Simon

Fortsetzung der Vorstellung der Vorstandsmitglieder

Stellvertretender Vorsitzender Wolfgang Simon



Wolfgang Simon

Mein Name ist Wolfgang Simon, ich bin 57 Jahre alt, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern.

Als Rechtspfleger arbeite ich beim Amtsgericht in

Nördlingen, wohin es mich über die Stationen Amtsgericht Neu-Ulm, Amtsgericht Augsburg, Staatsanwaltschaft Augsburg, und die – zwischenzeitlich aufgelöste - Zweigstelle in Donauwörth verschlagen hat.

Ich bin langjähriges Mitglied des Bezirkspersonalrates beim Oberlandesgericht München und seit 2007 dessen Vorsitzender.

Mitglied unseres Verbandes bin ich seit Beginn meiner Ausbildung zum Rechtspfleger und inzwischen seit vielen Jahren auch Vorsitzender des Bezirksverbandes Augsburg. Der Vorstandschaft unseres Verbandes gehöre ich erst seit den letzten Wahlen beim Delegiertentag 2010 in Wildbad Kreuth an.

Stellvertretende Vorsitzende Tanja Raab

Ich heiße Tanja Raab und bin 36 Jahre alt.

Nach Abschluss meiner Rechtspflegerprüfung 1996 war ich als Springer in

verschiedenen Referaten tätig. Bis Februar 2008 war ich Ausbildungsleiterin für die Rechtspflegeranwärter im OLG-Bezirk Nürnberg. Seitdem bin ich Gruppenleiterin in der Zivilabteilung des Amtsgerichts Nürnberg.

Im Bezirkspersonalrat OLG Nürnberg bin ich Vorsitzende.

Tanja Raab

Erst seit den Wahlen in Wildbad Kreuth im Juni bin ich als stellvertretende Vorsitzende im Landesvorstand des Verbandes.



Stellvertretender Vorsitzender Georg Saffert



Georg Saffert

Meine Ausbildung zum Rechtspfleger habe ich vor langer Zeit in Schweinfurt absolviert.

Beruflich bin ich seither auch nie über das Amtsgericht Schweinfurt hinaus gekommen.

Ich war hier tätig in der Zivilabteilung, am Grundbuchamt, Vormundschafts-, Konkurs-, Nachlassgericht und der Rechtsantragsstelle. Also so ziemlich in allen Bereichen.

Nach vielen Jahren als Mitglied im örtlichen Personalrat, davon auch als dessen Vorsitzender, bin ich seit nunmehr neun Jahren der Geschäftsleiter unseres Gerichts.

Seit der vorletzten Wahlperiode bin ich auch Mitglied des Bezirkspersonalrats beim OLG Bamberg.

Bei den Delegiertentagen unseres Verbandes in Kloster Banz und Wildbad Kreuth wurde ich jeweils in den Landesvorstand gewählt.

Kassier Dieter Santl



Dieter Santl

Mein Name ist Dieter Santl, ich bin 45 Jahre alt, verheiratet und habe 2 wunderbare Töchter im Alter von 15 und 17 Jahren. Wir wohnen in Kolbermoor, bei Rosenheim.

In der Zeit von 1991 bis 2006 war ich in verschiedenen Abteilungen des Amtsgerichts Rosenheim als Rechtspfleger und Gruppenleiter tätig. Seit 2006 bin ich Geschäftsleiter des Amtsgerichts Ebersberg.

Der Vorstandschaft unseres Verbandes gehöre ich seit 2001 an. Zuerst als Schriftführer und seit 2005 als Kassier.

Ich vertrete den Verband im Hauptausschuß des BBB.

Seit 2001 bin ich Mitglied des Bezirkspersonalrates beim Oberlandesgericht München.

Wenn mir meine drei Frauen und der Beruf Zeit lassen, fahre ich leidenschaft-

lich gerne Motorrad, lese und treibe etwas Sport.

Das Engagement in unserem Berufsverband, sowie im Bezirkspersonalrat beim OLG München ist neben Familie und beruflicher Haupttätigkeit sicher zeitaufwändig und manchmal auch belastend. Verbandspolitische Erfolge und auch das Tagesgeschäft als Personalrat – oft nahe an menschlichen Schicksalen – geben einem aber immer wieder die Energie neue Herausforderungen anzunehmen.

Diverses

- Bundesrat billigt die Reform des Vormundschaftsrechts. Darin sind die Stärkung des persönlichen Kontakts zwischen Mündel und Vormund und der zahlenmäßige Umfang von Vormundschaften geregelt. Ein Amtsvormund soll künftig höchstens 50 Mündel betreuen (jetzt bis zu 240 Kinder) und in der Regel jeden Monat persönlichen Kontakt mit seinen Mündel aufnehmen. Auch die Aufsichtspflichten des Gerichts und die Berichtspflichten des Vormunds werden ausgeweitet.
- Feierlicher Amtswechsel in Regensburg: verabschiedet wurde Dr. Johann Plöd und in sein Amt eingeführt wurde Dr. Clemens Prokop.
- Der Gerichtshof der europäischen Union hat entschieden, dass künftig auch nichtdeutsche EU-Bürger in Deutschland die Notarsausbildung durchlaufen können.
- Das Landgericht Bamberg hat seinen Präsidenten Georg Kröppelt in den Ruhestand verabschiedet und Manfred Werth in dieses Amt eingeführt.
- Termin der diesjährigen Hauptverwaltungssitzung: 05. bis 07. September 2011 in Pegnitz

Herausgeber:

Verband Bayerischer Rechtspfleger e.V., 80097 München;

E-Mail: info@rechtspflegerverband-bayern.de

weitere Informationen und aktuelle Meldungen unter www.rechtspflegerverband-bayern.de

Vorsitzender Peter Hofmann, Bamberg,

Schriftleiterin u. verantwortlich für den Inhalt: Daniela Woite,

Amtsgericht München, Infanteriestr. 5, 80097 München

Mit Namen unterzeichnete Artikel, Stellungnahmen, Leserbriefe etc. werden unter alleiniger Verantwortung des Unterzeichners veröffentlicht und geben grundsätzlich nur dessen Auffassung wieder. Ihre Veröffentlichung beinhaltet nicht, daß sich Herausgeber oder Schriftleitung die darin enthaltenen Tatsachenbehauptungen zu eigen machen oder die darin geäußerten Meinungen teilen.